

Ausweisrichtlinie

Vermögens- und Erfolgsausweis von vollkonsolidierten, ausländischen Kreditinstituten gemäß § 59 BWG

Anlage D1

gemäß § 74 Abs. 1 BWG

Versionsübersicht¹

Jänner 2008:

Die vorliegenden Ausweisrichtlinien wurden neu strukturiert und mit zusätzlichen Erläuterungen ergänzt.

Juli 2008:

- 3.1: Umstellung auf IFRS
- 3.2: Darstellung von Prozentangaben
- 5.2.10: Ergänzung zur Vorzeichenregelung
- 5.2.11: Ergänzung zur Vorzeichenregelung
- 5.2.12: Ergänzung zur Vorzeichenregelung
- 5.3.1: Ergänzung zu den Kennzahlen
- 6.: Zusätzliche Fragen/ Antworten

Oktober 2008:

- 5.: „Vom Bankprüfer geprüfte Daten“
- 5.: „Bankleitzahl des meldepflichtigen Kreditinstituts“
- 5.1.12: Verbindlichkeiten gg. Kunden
- 5.2.12: Darstellung von Ertragssteuern

November 2009: (neue Strukturierung)

D 3.1: Zusatztabelle: Kennzahlen

November 2010:

D.1.16: Sonstige Passiva

Jänner 2012:

E.: Zusätzliche Fragen/ Antworten zu den Zusatzangaben

August 2020:

Die folgenden Änderungen wurden durch die VERA Novelle 2020 eingeführt und sind mit BT 12/2020 umzusetzen:

- Meldeeinheit Cent genau (statt wie bisher in Tsd. EUR).
- Die Änderungen der Erhebungsstammdaten aufgrund der Meldungswertanpassungen können aus technischen Gründen für die quartalsweisen VERA-Erhebungen erst nach Verarbeitung des BT Q3/2020 veröffentlicht werden. Ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung können alle Meldungen (Ersatz/Korrekturmeldungen vor BT 12/2020) nur noch in der neuen Meldeeinheit, welche ab BT 12/2020 zu melden ist, abgegeben werden.
- Meldekonzent „Vom Bankprüfer geprüfte Daten“ 800000, die Fußnote wird von (ALT) "1" = ja, "2" = nein geändert auf (NEU) „J“ = ja, „N“ = nein. D.h. ab BT 12/2020 können bei den oben angeführten Meldekonzenten nur noch „J“ und „N“ gemeldet werden.

¹ Der letzte Aktualisierungstermin ist **fett** markiert. Aktuelle Ergänzungen dazu wurden im Text *kursiv* eingefügt.

- Im Zuge der Harmonisierung im Meldewesen werden auch die Prozentmeldekonzpte nur noch als $100\%=1$ statt $100\%=100$ zu melden sein mit BT 12/2020 (und auch ev. Korrekturen vor 12/2020),

A. ALLGEMEINE BEMERKUNGEN	5
1. Gesetzliche Grundlage	5
2. Abgrenzung des Meldekreises	5
2.1 Inländisches Wirtschaftsgebiet	5
2.2 Vollkonsolidierte Kreditinstitut im Ausland	5
3. Vorlage des konsolidierten Vermögens- und Erfolgsausweises	7
3.1 Übersicht	7
3.2 Meldeformat	7
4. Ansprechpartner in der OeNB	8
B. GRUNDLAGEN DER DARSTELLUNG	9
1. UGB/BWG als Grundlage der Bilanzierung, Bewertung und Darstellung	9
2. Wertansatz und Ausweisung	9
C. AUFBAUSTRUKTUR VON TEIL B1	10
1. Vermögensausweis (Tabelle 1)	10
2. Erfolgsausweis (Tabelle 2)	10
3. Zusätzliche Kennzahlen (Tabelle 3)	10
D. INHALTE AUSGEWÄHLTER POSITIONEN	11
1. Vermögensausweis	11
1.1 Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind	11
1.2 Forderungen an Kreditinstitute	11
1.3 Forderungen an Kunden	12
1.4 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	12
1.5 Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	12
1.6 Beteiligungen	12
1.7 Anteile an verbundenen Unternehmen	13
1.8 Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	13
1.9 Sachanlagen	13
1.10 Sonstige Aktivposten	13
1.11 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13
1.12 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	14
1.13 Verbriefte Verbindlichkeiten	14
1.14 Rückstellungen	14
1.15 Nachrangige Verbindlichkeiten	14
1.16 Sonstige Passivposten	14
1.17 Eigenkapital und Fremdannteile	14
2. Erfolgsausweis	15
2.1 Zinsen und ähnliche Erträge	15
2.2 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	15
2.3 Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	15
2.4 Provisionserträge	15
2.5 Provisionsaufwendungen	15
2.6 Erträge / Aufwendungen aus Finanzgeschäften	15
2.7 Sonstige Betriebserträge	15
2.8 Personalaufwand	15
2.9 Sonstige betriebliche Aufwendungen	15
2.10 Saldo Dotierung / Auflösung Wertberichtigungen und Rückstellungen	16
2.11 Außerordentliches Ergebnis	16
2.12 Steuern und Einkommen und Ertrag	16
3. Zusatztablelle	16
3.1 Kennzahlen	16
E. HÄUFIG GESTELLTE FRAGEN ZU DEN EINZELNEN POSITIONEN	17

A. ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

1. Gesetzliche Grundlage

Das übergeordnete Kreditinstitut hat gemäß § 74 Abs. 1 BWG quartalsweise einen Vermögens- und Erfolgsausweis (VEA) zusätzlich auch für die im geprüften Konzernabschluss gemäß § 59 BWG vollkonsolidierten, ausländischen Kreditinstitute entsprechend der in der Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweisverordnung (VERA-V) festgelegten Gliederung zu erstellen und gemäß § 79 Abs. 2 BWG der Oesterreichischen Nationalbank zu übermitteln. Die Verordnung tritt mit 1. Jänner 2007 in Kraft und ist erstmalig auf Meldungen zum Stichtag 31. März 2008 anzuwenden.

2. Abgrenzung des Meldekreises

2.1 Inländisches Wirtschaftsgebiet

Unter "inländisches Wirtschaftsgebiet" sind insbesondere zu verstehen²:

- Das von einem Staat verwaltete geographische Gebiet, innerhalb dessen Freiheit des Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr herrscht,
- Zollfreiegebiete, Zollfreilager und Fabriken unter Zollaufsicht,
- Territoriale Exklaven, d.h. Gebietsteile der so genannten "übrigen Welt" (=Ausland), die aufgrund internationaler Verträge oder zwischenstaatlicher Vereinbarungen von inländischen staatlichen Stellen (Botschaften, Konsulaten, Militär- und Forschungsbasen usw.) genutzt werden.

2.2 Vollkonsolidierte Kreditinstitut im Ausland

Im Sinne von Teil D1 sind als vollkonsolidierte Kreditinstitute im Ausland (Kreditinstitute, Finanzinstitute, Wertpapierfirmen und Anbietern von bankbezogenen Nebendienstleistungen gemäß § 30 Abs 1 BWG) solche zu bezeichnen, die außerhalb des inländischen Wirtschaftsgebietes ihren Sitz haben und das meldepflichtige übergeordnete Kreditinstitut durch Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss gemäß § 59 BWG einzubeziehen hat. Im vorliegenden Teil D1 ist ein VEA im Sinne des Konzernabschlusses gemäß § 59 BWG vom übergeordneten Kreditinstitut zu jedem Quartalsstichtag unterjährig zu melden.

Für die Einbeziehung von Tochterunternehmen in die VERA-Konzernmeldung ist das Datum des Vollzuges des Verfügungsgeschäftes und nicht ein allfälliger nachfolgender Registereintrag maßgeblich.

² Auszug aus ESVG/Kapitel II: Die Einheiten und ihre Zusammenfassungen

Gemäß § 12 Abs. 1 VERA-V haben übergeordnete Kreditinstitute den Vermögens- und Erfolgsausweis (VEA) für die im geprüften Konzernabschluss vollkonsolidierten ausländischen Kreditinstitute entsprechend der Anlage D1 zu melden. Grundsätzlich sollte der ausländische Teilkonzern (subkonsolidiert) gemäß dem jeweils im meldepflichtigen österreichischen Mutterkreditinstitut festgelegten Konsolidierungskreis gemeldet werden. Wird der Teilkonzern in der Konzernmutter nicht gemäß der bankinternen Konzernsteuerung erfasst, dann und nur dann, ist die Meldung des lokalen Einzelkreditinstituts als Übergangslösung möglich. Es erfolgt eine Kennzeichnung, ob es sich bei der Meldung um einen ausländischen Teilkonzern oder ein Einzelkreditinstitut handelt.

Übergeordnete Kreditinstitute, die für das aktuelle Geschäftsjahr erstmalig einen Konzernabschluss gemäß § 59 BWG aufstellen, müssen im selben Jahr die Daten ihrer vollkonsolidierungspflichtigen, ausländischen Kreditinstituten nach dem Schaubild Anlage D1 VERA-V melden.

3. Vorlage des konsolidierten Vermögens- und Erfolgsausweises

Der Teil D1 ist gemäß § 14 VERA-V unverzüglich nach Ablauf jeden Kalendervierteljahres, spätestens bis zum fünfzehnten Kalendertag des zweiten Folgemonats, und zum vierten Quartal spätestens innerhalb von zwei Monaten nach Abschluss des Kalenderjahres vom übergeordneten Kreditinstitut zu übermitteln. Wenn der 15. Kalendertag auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag fällt, verlängert sich der Meldefrist bis zum nächsten Bankarbeitstag.

3.1 Übersicht

Meldestichtag	Periodizität	Bezeichnung	Umfang	Meldetermin	Gesetzliche Grundlage
31. März	quartalsweise	VERA-Teil D1	Anlage D1	§ 14 VERA-V	VERA-V
30. Juni	quartalsweise	VERA-Teil D1	Anlage D1	§ 14 VERA-V	VERA-V
30. Sept.	quartalsweise	VERA-Teil D1	Anlage D1	§ 14 VERA-V	VERA-V
31. Dezember	quartalsweise	VERA-Teil D1	Anlage D1	§ 14 VERA-V	VERA-V

Die Verordnung tritt mit 1. Jänner 2007 in Kraft und ist erstmalig auf Meldungen zum Stichtag 31. März 2008 anzuwenden.

3.2 Meldeformat

Gemäß § 16 VERA-V sind die meldepflichtigen KI verpflichtet, die Übermittlung des konsolidierten Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweises an die OeNB ausschließlich mittels elektronischer Datenübertragung durchzuführen. Die von der FMA vorgegebenen Mindestanforderungen betreffen den Satzaufbau der Daten (siehe DV technische Schnittstelle auf der OeNB-Homepage³), die technischen Übertragungsvorgaben sowie die Einhaltung der veröffentlichten Prüfregeln. Sollten prüfregelfehlerhafte Daten übermittelt werden, gilt die Übermittlung als NICHT erfolgt. Das jeweils gültige allgemeine Prüfregelverzeichnis ist auf der OeNB-Homepage ersichtlich.

Da laut § 98 Abs. 2 Z8 BWG jedes Kreditinstitut verpflichtet ist, die Meldung (somit auch den VERA) der OeNB inhaltlich richtig, innerhalb der vorgesehenen Fristen und durch die Verordnung festgelegten Formvorschriften entsprechend zu übermitteln, behält sich die OeNB zu Kontrollzwecken vor, zusätzliche Prüfregeln zu definieren, die nicht veröffentlicht werden, deren Einhaltung sich aber aufgrund gesetzlicher Bestimmungen und/oder des logischen Aufbaues der Verordnung zwangsweise ergeben. Eine Nichtmeldung wird verwaltungsstrafrechtlich sanktioniert.

³ http://www.oenb.co.at/melde4_p.htm

4. Ansprechpartner in der OeNB

Vorgangsweise bei inhaltlichen Anfragen zum Teil D1 bzw. zu den einzelnen Positionen:

Bei dringenden Angelegenheiten bitte um ein Mail an

Meldeverarbeitung.AUFSTAT@oenb.at

B. GRUNDLAGEN DER DARSTELLUNG

1. UGB/BWG als Grundlage der Bilanzierung, Bewertung und Darstellung

Der Teil D1 (VEA vollkonsolidierter Kreditinstitute im Ausland nach UGB/BWG) basiert auf den jeweils gültigen Vorschriften des österreichischen Bankwesengesetzes und Unternehmensrechts.

Bei einer Umstellung des Rechnungswesens von UGB/BWG (§ 59 BWG) auf IFRS (§ 59a BWG) hat der Melder seine Umstellung der Ermittlung der Ordnungsnormen auf Grundlage internationaler Rechnungslegungsstandards gem. § 29a Abs. 2 BWG anzuzeigen und alle sonstigen Meldevorschriften dementsprechend einzuhalten. Gemäß § 29a Abs. 2 BWG hat das übergeordnete Kreditinstitut die Umstellung spätestens drei Monate vor Beginn des betroffenen Geschäftsjahres der FMA und der OeNB schriftlich anzuzeigen und für ihre quartalsmäßige Meldung zum Vermögens- und Erfolgsausweis (gem. §59a BWG) das neue Meldewesenformat Teil E1 (FINREP) zu verwenden.

Diese Ausweisrichtlinien sind allerdings NICHT als Interpretation des UGB oder BWG anzusehen. Die Ausweisrichtlinien dienen lediglich nur zur Erläuterung der Meldeinhalte ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Es liegt im Verantwortungsbereich der Melder alle relevanten Rechtsvorschriften einzuhalten.

2. Wertansatz und Ausweisung

Die zu meldenden Werte sind in Tausend EURO anzuführen. Ab dem 31.12.2020 nur noch centgenau. Die in den Kennzahlen angeführten Werte sind in Einern mit 2 Nachkommastellen und mit 100 multipliziert zu melden (z. B. 15.44 für 15,44 Prozent bei Verwendung des XML-Formats). Ab dem BT 12/2020 werden auch die Prozentangaben vereinheitlicht und 100% ist als 1 anzugeben (mit 2 Nachkommastellen). Näheres siehe DV technische Schnittstelle auf der OeNB-Homepage⁴.

Die Daten des Vermögensausweises sind auf Basis des entsprechenden Stichtages, die Daten des Erfolgsausweises unterjährig auf kumulierter Basis zu übermitteln, d.h. in der Position "Jahresergebnis" ist unterjährig das Periodenergebnis auszuweisen. Die Berechnung der Kennzahlen erfolgt durch den Melder, der Rechenmodus ist im Rahmen der Meldung der OeNB bekannt zu geben.

Vorzeichen (+ oder -) sind nur dann anzuführen, wenn es sich um Saldopositionen handelt. Definierte "Abzugsposten" sind ohne Vorzeichen anzugeben.

⁴ http://www.oenb.co.at/melde4_p.htm

C. AUFBAUSTRUKTUR VON TEIL B1

1. Vermögensausweis (Tabelle 1)

Tabelle 1.1: Vermögenswerte

Tabelle 1.2: Verbindlichkeiten

2. Erfolgsausweis (Tabelle 2)

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung

3. Zusätzliche Kennzahlen (Tabelle 3)

Kennzahlen von ausländischen Bankentöchtern

D. INHALTE AUSGEWÄHLTER POSITIONEN

Die Meldeposition „Vom Bankprüfer geprüfte Daten“ ist nur zum Jahresultimo (jährlich) zu melden.

Gemäß § 12 Abs 1 VERA-V haben inländische übergeordnete Kreditinstitute den VEA für ihre vollkonsolidierten, ausländischen Kreditinstituten zu melden. Demnach ist für die Meldeposition „Bankleitzahl des meldepflichtigen Kreditinstituts“ die BLZ des übergeordneten Kreditinstituts (meistens das Mutterunternehmen), welches für die Meldung verantwortlich ist, zu übermitteln.

1. Vermögensausweis

1.1 Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind

Hier sind Bundesschatzscheine, Schatzanweisungen, andere Schuldtitel öffentlicher Stellen sowie Wechsel auszuweisen, sofern sie zur Refinanzierung⁵ bei der Zentralnotenbank der Niederlassungsländer zugelassen sind bzw. im Rahmen des ESZB Tier II-fähig sind. Das heißt, hier sind sämtliche Schuldtitel öffentlicher Stellen zu melden, die entweder im Rahmen des ESZB (sog. Tier I Papiere) oder bei der Zentralnotenbank des Niederlassungslandes des KI als refinanzierungsfähig deklariert wurden.

Schuldtitel öffentlicher Stellen, die die genannte Voraussetzung nicht erfüllen, sind - sofern sie festverzinslich und zum Börsehandel zugelassen sind - unter "Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere", sind diese nicht zum Börsehandel zugelassen, unter "Forderungen an Kunden (entweder Sektor Bund, Länder oder Gemeinden) auszuweisen.

Wechsel, die die oben genannte Voraussetzung nicht erfüllen, sind entsprechend entweder unter "Forderungen an Kreditinstitute" oder "Forderungen an Kunden" zu melden.

1.2 Forderungen an Kreditinstitute

Alle Arten von Forderungen aus Bankgeschäften an in- und ausländische Kreditinstitute (KI) in EURO und in Fremdwährung. Demnach sind sowohl nicht verbrieft Forderungen als auch verbrieft Forderungen in diese Position einzustellen; verbrieft Forderungen allerdings nur dann, wenn diese festverzinslich und NICHT zum Börsehandel zugelassen sind.

Zu den nicht verbrieften Forderungen an Kreditinstituten zählen auch Namensschuldverschreibungen, und zwar dann, wenn bei diesen vertraglich eine Übertragbarkeit ausgeschlossen ist. Dazu zählt auch das in nicht verbrieft Form vorhandene Ergänzungskapital.

⁵ Eine detaillierte Darstellung sämtlicher - die Refinanzierung betreffende - Geschäftsbestimmungen finden Sie in der Publikation "Geschäftsbestimmungen der Oesterreichischen Nationalbank für geldpolitische Verfahren", die Sie in der Poststelle der Oesterreichischen Nationalbank, Otto-Wagner Platz 3, 1090 Wien anfordern können.

Unter verbrieften Forderungen sind sowohl im Eigenbestand befindliche begebene eigene Emissionen (sofern sie nicht zum Börsenhandel zugelassen sind) als auch andere verbrieft Forderungen zu verstehen. Verbrieft Forderungen aus eigener Begebung sind gesondert zu kommentieren. Hier sind Namensschuldverschreibungen dann auszuweisen, wenn sie eine übertragbare Urkunde darstellen.

Hier werden auch gebundene Guthaben bei den Zentralbanken ausgewiesen. Ebenfalls werden Wechsel, bei denen der Akzeptant ein KI ist, hier ausgewiesen; weiters auch Wertpapiere, die von einem Kreditinstitut emittiert wurden, aber NICHT zum Börsenhandel zugelassen sind.

1.3 Forderungen an Kunden

Alle Arten von Forderungen an in- und ausländische Nichtbanken in EUR und in Fremdwährung. Darunter fallen auch sowohl Forderungen in verbrieft als auch nicht verbrieft Form. Verbrieft Forderungen allerdings nur dann, wenn diese festverzinslich und NICHT zum Börsenhandel zugelassen sind.

Hierunter fallen alle Darlehen, Kredite und sonstige Ausleihungen, Treuhandausleihungen. Ebenfalls hier werden Wechsel, bei denen der Akzeptant eine „Nichtbank“ ist, ausgewiesen. Weiters auch Wertpapiere, die von einer „Nichtbank“ emittiert wurden, aber NICHT zum Börsenhandel zugelassen sind. Diese sind unter der Position "Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere" darzustellen.

1.4 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Diese Position enthält börsennotierte, festverzinsliche Wertpapiere. Wertpapiere von öffentlichen Emittenten werden hier nur dann ausgewiesen, wenn sie nicht unter "Schuldtitel öffentlicher Stellen..." auszuweisen sind.

1.5 Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Unter dieser Position werden gelistete, nicht festverzinsliche Wertpapiere erfasst. Nicht festverzinsliche Wertpapiere von öffentlichen Emittenten werden hier nur dann ausgewiesen, wenn sie NICHT unter "Schuldtitel öffentlicher Stellen..." auszuweisen sind. Ebenso werden hier fremde Aktien und Investmentzertifikate ausgewiesen. Aktien sind nur dann in dieser Position einzuordnen, wenn sie NICHT als Beteiligung auszuweisen sind.

1.6 Beteiligungen

In dieser Position sind alle Anteilsrechte an anderen Unternehmungen, gleich ob in Form von Aktien oder anderen Formen, auszuweisen, die dem Beteiligungsbegriff des § 29 BWG entsprechen. Die Dauer der Verbindung ist für den Ausweis irrelevant, weil keine getrennte Darstellung von Finanzanlagen des Anlagevermögens und der Anteile des Umlaufvermögens erfolgt.

Treffen obige Voraussetzungen für die Einordnung in die Beteiligungen nicht zu, so sind Aktien in die Position "Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere - Aktien", sonstige Anteilswerte (Ges.m.b.H.-Anteile, Genossenschaftsanteile) im Rahmen der "Sonstigen Aktivposten" aufzunehmen.

In dieser Position sind assoziierte Unternehmen, die nach der Equity-Methode oder Anschaffungskosten bilanziert werden, vollkonsolidierte Tochterunternehmen, die nicht unter der Definition § 30 Abs. 1 BWG fallen (z.B. Versicherungsunternehmen, die keine Kreditinstitute nach BWG darstellen) sowie unechte (atypische) stille Beteiligungen auszuweisen. Echte stille Beteiligungen sind unter der entsprechenden Forderungsposition darzustellen.

1.7 Anteile an verbundenen Unternehmen

Verbundene Unternehmen sind als solche zu bezeichnen, die unter einheitlicher Leitung gemäß § 244 UGB oder unter einem beherrschenden Einfluss stehen. Als verbundene Unternehmen gelten nur jene Beteiligungen, wo ein Mutter-/Tochterverhältnis gegeben ist.

In der Meldung sind unter dieser Position nur solche Anteile an verbundenen Unternehmen auszuweisen, die auf Grund des Vorliegens eines Teilkonzerns nicht vollkonsolidiert werden mussten.

1.8 Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens

Erfasst werden eventuelle Bestands- und Nutzungsrechte, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und Vorteile sowie daraus abgeleitete Lizenzen, Firmenwerte sowie aktivierte (gekaufte) Softwarelizenzen. Zu erfassen sind auch geleistete Anzahlungen (Vorleistungen) für den Erwerb immaterieller Vermögenswerte. Immaterielle Vermögenswerte dürfen nur im Falle des entgeltlichen Erwerbs aktiviert werden.

1.9 Sachanlagen

Unter dieser Position werden Grundstücke und Gebäude, technische Anlagen, geleistete Anzahlungen und Anlage in Bau, Einrichtungen, die dem Anlagevermögen dienen, ausgewiesen.

1.10 Sonstige Aktivposten

Diese Position beinhaltet alle sonstige Forderungen und Vermögenswerte, die nicht einem bestimmten anderen Posten zuzuordnen sind. Beispielsweise: Mietforderungen, Steuerforderungen, Anzahlungen, Edelmetalle, Schecks, Gehaltsvorschüsse, fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine, Betriebsverrechnungen u.v.a.m.

1.11 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind alle Arten von Verbindlichkeiten aus Bankgeschäften des Kreditinstitutes gegenüber in- und ausländischen Kreditinstituten ungeachtet ihrer Bezeichnung im Einzelfall. Ausgenommen sind lediglich die in Form von Schuldverschreibungen oder in anderer Form verbrieften Verbindlichkeiten; diese sind unter „Verbrieften Verbindlichkeiten“, sofern es sich um Ergänzungskapital handelt, unter „Ergänzungskapital“, bzw. bei nachrangigen Verbindlichkeiten unter „Sonstigen Passivposten-Nachrangige Verbindlichkeiten“ auszuweisen.

In dieser Position sind auch Namensschuldverschreibungen auszuweisen, und zwar dann, wenn diese von einem anderen Kreditinstitut übernommen wurden und vertraglich eine Übertragbarkeit ausgeschlossen wurde. Ist diese vertragliche Vereinbarung nicht geschlossen worden, sind derartige Papiere unter den verbrieften Verbindlichkeiten auszuweisen.

1.12 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Hier werden die Stände der Spareinlagen, Sparbriefe und sonstige Verbindlichkeiten gg. Nichtbanken erfasst. Alle Giroeinlagen, Termineinlagen und aufgenommene Gelder in EUR und Fremdwährung von Nichtbanken. Nicht unter dieser Position sind verbrieftete Verbindlichkeiten (in Form von Schuldverschreibungen oder andere verbrieftete Verbindlichkeiten) auszuweisen. Diese sind unter der Position "Verbrieftete Verbindlichkeiten", sofern es sich um Ergänzungskapital handelt, unter „Nachrangigen Verbindlichkeiten“ auf die Passivseite darzustellen.

1.13 Verbrieftete Verbindlichkeiten

Diese Position beinhaltet sowohl Schuldverschreibungen wie auch Verbindlichkeiten, die für übertragbare Urkunden ausgestellt worden sind. Dazu zählen eigene Anleihen, Kassenobligationen, andere verbrieftete Verbindlichkeiten einschließlich Depositenzertifikate, Bond de Caisse und Commercial Papers.

1.14 Rückstellungen

Rückstellungen dienen der Erfassung von Aufwendungen und Verlusten, die dem Grunde, aber nicht der Höhe nach bekannt sind und noch nicht endgültig sind, sowie Verbindlichkeiten und Lasten, die bereits bestehen, sich aber dem Betrage nach nicht genau bestimmen lassen, oder deren Bestehen zweifelhaft ist. Bei den Rückstellungen handelt es sich immer um Fremdkapital.

1.15 Nachrangige Verbindlichkeiten

Für den Ausweis ist die Definition nach § 23 BWG maßgeblich. Nachrangige Verbindlichkeiten sind grundsätzlich verbrieftete oder unverbrieftete Verbindlichkeiten, die vertragsgemäß im Falle der Liquidation oder eines Konkurses erst nach den Forderungen anderer Gläubiger befriedigt werden sollen.

1.16 Sonstige Passivposten

Ausgewiesen werden alle sonstigen Verbindlichkeiten. Beispielsweise: Mietzinsverrechnungen, Steuerschulden, erhaltene Anzahlungen und Kautionen, diverse Verbindlichkeiten aus der Personalverrechnung, Ergänzungskapital u.v.a.m.

Auch Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter, die bis zur vollen Höhe am Verlust teilnehmen oder bei denen sich die Gesellschafter vertraglich verpflichtet haben, ihre Einlagen solange nicht zurückzufordern, bis die Gläubiger in voller Höhe befriedigt worden sind, sind in dieser Position anzuführen. Diese gelten jedoch nicht als Eigenmittel im Sinne von § 23 BWG. Andere Verpflichtungen gegenüber stillen Gesellschaftern sind den Verpflichtungen gegenüber Kundeneinlagen zuzurechnen.

1.17 Eigenkapital und Fremddanteile

Für den Ausweis des Eigenkapitals ist die Definition nach Unternehmensrecht maßgeblich. Zusätzlich sind Fremddanteile (Minderheitenanteile) als Hievon-Position auszuweisen.

2. Erfolgsausweis

2.1 Zinsen und ähnliche Erträge

Hierunter fallen alle Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren des Anlage- und Umlaufvermögens sowie des Handelsbestandes, aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie aus sonstigen Vermögensgegenständen.

2.2 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie sonstigen Verbindlichkeiten.

2.3 Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen

Unter dieser Position werden Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechte und nicht festverzinslichen Wertpapiere und Investmentfonds ausgewiesen. Im Weiteren werden die Erträge aus Beteiligungen und aus verbundenen Unternehmen erfasst.

2.4 Provisionserträge

Ausgewiesen werden Provisionen im Zusammenhang mit der Kontoführung sowie alle im Provisionsgeschäft anfallende Erträge und Gebühreneinnahmen.

2.5 Provisionsaufwendungen

Ausgewiesen werden alle im Provisionsgeschäft anfallenden Aufwendungen.

2.6 Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften

Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften sind realisierte Bewertungsergebnisse aus Geschäften in Wertpapieren, die nicht als Finanzanlagen bewertet werden und Teil des Handelsbestandes sind. Darüber hinaus realisierte Kursgewinne/Kursverluste aus Devisen und Valuten, Münzen und Medaillon sowie Erträge aus sonstigen Finanzgeschäften (Termingeschäfte).

2.7 Sonstige Betriebserträge

Darunter werden realisierte Verkaufsgewinne aus Sachanlagevermögen und Erträge aus der Vermietung und Verpachtung oder Erträge aus Leasinggeschäften ausgewiesen.

2.8 Personalaufwand

Unter den Personalaufwendungen fallen: gesetzliche Sozialabgaben, freiwillige Sozialleistungen, Aufwendungen für Altersvorsorgung und Unterstützung, Beiträge zu Pensionskassen, Dotierung/Auflösung der Pensionsrückstellung, Dotierung/Auflösung der Abfertigungsrückstellung.

2.9 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Darunter werden alle Sachaufwendungen, realisierte Verkaufsverluste aus Sachanlagevermögen sowie Aufwendungen für nicht betrieblich genutzte Liegenschaften ausgewiesen.

2.10 Saldo Dotierung/Auflösung Wertberichtigungen und Rückstellungen

In dieser Position werden die folgenden Ergebnisse saldiert dargestellt:

- WB auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken,
- Erträge aus der Auflösung von WB auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken,
- WB auf Wertpapiere, die als Finanzanlagen bewertet werden, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen,
- Erträge aus der Auflösung von WB auf Wertpapiere, die als Finanzanlagen bewertet werden, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen.

Eine Dotierung ist mit negativem, eine Auflösung mit positivem Vorzeichen zu melden.

2.11 Außerordentliches Ergebnis

Hier sollten solche Erträge und Aufwendungen *netto* ausgewiesen werden, die dem Grunde und/oder der Höhe nach außerhalb der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit anfallen.

2.12 Steuern und Einkommen und Ertrag

Unter dieser Position werden die Körperschaftsteuer und die Kapitalertragsteuer ausgewiesen. Ein Steueraufwand ist mit positivem, ein Steuerertrag mit negativem Vorzeichen saldiert darzustellen.

3. Zusatztabelle

Bei den Kennzahlen ist jeweils der Berechnungsmodus zum internen Ergebnis bekannt zu geben.

3.1 Kennzahlen

- Cost income ratio (CIR)
- Eigenkapitalrendite (return on equity - ROE)
- Gesamtkapitalrendite (return on assets - ROA)

Die Kennzahlen und ihr Berechnungsmodus müssen immer und auf zwei Kommastellen gerundet gemeldet werden. Die Kennzahlen können durch ein negatives Ergebnis auch negatives Vorzeichen annehmen. Abgestimmt mit der Abteilung Bankenanalyse der OeNB ist die folgende Vorgangsweise bei der Meldung der Ertragskennzahlen ROA und ROE zu beachten.

- 1) wenn die aktuelle Ertragskomponente (i.d.R. das Jahresergebnis) zum jeweiligen Stichtag beim ROA und ROE negativ ist: eine negative ROA und ROE zu melden.
- 2) wenn die aktuelle Eigenkapitalkomponente zum jeweiligen Stichtag beim ROE negativ ist: ein Null für ROE zu melden.
- 3) wenn beide aktuellen Komponenten zum jeweiligen Stichtag beim ROE negativ sind: ein Null für ROE zu melden.

E. HÄUFIG GESTELLTE FRAGEN ZU DEN EINZELNEN POSITIONEN

Welche Position ist für den Ausweis der sonstigen Verwaltungsaufwendungen sowie der WB auf Aktivposten 9 und 10 zu verwenden?

Alle Verwaltungsaufwendungen, die NICHT den Personalaufwendungen zugeordnet werden, sind unter die "Sonstige betriebliche Aufwendungen" anzugeben.

Welche Position ist für den Ausweis der sonstigen Steuern zu verwenden?

Sonstige Steuern sollen unter der Position 9 "Sonstige betriebliche Aufwendungen" erfasst werden. Hierüber ist zwar V. "Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit" nicht betragsgleich mit Anlage 2 zu Artikel I § 43 Teil 2 BWG, jedoch die Endsumme VI. "Jahresergebnis bzw. Periodenergebnis vor Rücklagenbewegung nach Risiko und Steuern".

NEU: Eine EWR-Mutterfinanzholding hat zwei KI-Töchter (keine davon im Sitzstaat der Finanzholding) in zwei unterschiedlichen EWR-Staaten (einer davon Österreich) - aufgrund von § 30 Abs 2 BWG besteht hier eine KI-Gruppe - nehmen wir an das österreichische KI ist übergeordnetes KI. Das übergeordnete KI hat einen Konzernabschluss nach § 59 für die KI-Gruppe aus Sicht der Finanzholding zu erstellen - das andere EWR-KI wird vollkonsolidiert. § 74 Abs. 1 sagt ziemlich klar dass für jedes gemäß §59 BWG vollkonsolidierte Auslandschterbank auch VERA-Meldungen zu erstellen sind. Die konkrete Frage für diesen Fall wäre also nun ob das übergeordnete KI die VERA-Meldungen für die Schwester-Auslandsbank zu erstellen hat oder nicht?

Die Konzernrechnungslegung nach §§ 59 und 59a BWG und damit verbunden auch die VERA beruhen auf § 30 BWG und nicht auf dem UGB. Die Spezialnormen des BWG gehen in jedem Fall vor, d.h. § 74 Abs. 1 letzter Satz gilt, egal ob das übergeordnete KI mit Sitz in Österreich nun ein Mutterunternehmen ist oder nicht.